



Gemeinsame Ziele und Werte

Die Schweiz ist eine verlässliche Partnerin in Europa. Als engagiertes Mitglied des Europarats, der OSZE und der OECD setzt sich die Schweiz für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte, Stabilität und Wohlstand in Europa und der Welt ein.

Die Schweiz hat eine starke und enge Beziehung zur EU und ihren Mitgliedstaaten. Die EU hat mit der Schweiz über 100 Abkommen abgeschlossen, mehr als mit jedem anderen Drittstaat. Diese umfassen eine Vielzahl relevanter Politikbereiche wie den Binnenmarkt (Freihandel, Personenfreizügigkeit), die innere Sicherheit und Asyl (Schengen/Dublin), Verkehr (Land- und Luftverkehr), steuerliche Zusammenarbeit, Forschung, Umwelt, Statistik etc.

Die Schweiz verfolgt eine langjährige **Entwicklungszusammenarbeit** mit den osteuropäischen Ländern und den Balkanländern ausserhalb der EU (knapp 3 Mrd. CHF für Westbalkan-Staaten seit 1995). Zudem hat sie mit einem **Erweiterungsbeitrag** von 1.3 Mrd. CHF zahlreiche Projekte in den 13 seit 2004 der EU beigetretenen Mitgliedstaaten umgesetzt, um wirtschaftliche und soziale Ungleichheiten in der EU zu vermindern. Die Schweiz wird dieses Engagement mit einem **zweiten Schweizer Beitrag** im gleichen Umfang weiterführen. In einem *Memorandum of Understanding* zwischen der Schweiz und der EU werden die wichtigsten Eckwerte des zweiten Schweizer Beitrags festgehalten. Die Umsetzung der Projekte wird bilateral erfolgen, d.h. die Schweiz wird dafür direkt mit den betreffenden Staaten zusammenarbeiten.

Angesichts der Herausforderungen im **Migrationsbereich** zeigt sich die Schweiz solidarisch mit ihren europäischen Partnern. Während der Migrationskrise 2015/16 beteiligte sich die Schweiz freiwillig an den Umsiedlungs- und Neuansiedlungsmechanismen der EU. Zudem beteiligt sie sich finanziell sowie personell am Europäischen Unterstützungsbüro für Asylfragen (EASO, inzwischen: EUAA) und leistete einen freiwilligen Beitrag von 5 Millionen CHF an den «*EU Emergency Trust Fund for Africa*». Im Rahmen ihrer Assoziation an **Schengen/Dublin** setzt sich die Schweiz für gemeinsame europäische Lösungen in den Bereichen Sicherheit und Migration sowie für eine glaubwürdige Asylpolitik auf europäischer Ebene ein. Sie engagiert sich für die Stärkung des gemeinsamen Schengen-Raums mit der Entsendung von Expert/innen.

Die Schweiz trägt zur Förderung von **Frieden, Stabilität und Sicherheit in Europa** bei, bspw. indem sie sich regelmässig an EU- und OSZE-Wahlbeobachtungsmissionen beteiligt. Die Schweiz ist unter Drittstaaten der **viertgrösste Entsendestaat** von Expert/innen an EU-Missionen. Sie unterstützt zurzeit Missionen zur Krisenbewältigung und Friedensförderung der EU, namentlich die EULEX Kosovo und mit über 20 Armeeangehörigen in Bosnien-Herzegowina die EUFOR Althea. Die Schweiz strebt auch eine Beteiligung an der zivilen EU-Mission im Irak (EUAM Irak) an. Zudem sind gegen 200 Schweizer Armeeangehörige in der NATO KFOR im Kosovo im Einsatz. Fünf zivile Schweizer Expert/innen waren ausserdem in der OSZE-Sonderbeobachtermission in der Ukraine im Einsatz, bevor die Mission aufgrund eines Vetos vonseiten Russlands sistiert wurde. Die Schweiz ist auch in Zukunft bereit einen entsprechenden Beitrag zur Stabilität in der Ukraine zu leisten.

Die Schweiz leistet zwischen Konfliktparteien **Gute Dienste**, sei es in Form von Mediationen (z.B. Dialog Belgrad-Pristina), als Gaststaat von Verhandlungen (z.B. Iran/JCPOA, Zypern-Gespräche), durch die Unterstützung von laufenden Friedensprozessen (z.B. Berliner Prozess zu Libyen) oder – auf der Grundlage von Schutzmandaten – durch die Vertretung der Interessen von Staaten, die keine diplomatischen Beziehungen unterhalten (z.B. Georgien/Russland).

Generell stimmt die Schweiz ihre **Aussenpolitik** mit der Aussenpolitik der EU ab. Sie unterstützt die Sanktionspolitik der EU im Grundsatz und schliesst sich allgemein einer grossen Mehrheit von EU-Sanktionen an. Auf internationaler Ebene arbeitet die Schweiz insbesondere in den Bereichen Sicherheit, Entwicklungszusammenarbeit, humanitäre Politik sowie Menschenrechts- und Friedenspolitik eng mit der EU und ihren Mitgliedstaaten zusammen.

Gleiche Werte auch im Kontext des Konflikts in der Ukraine

Die Schweiz engagiert sich auch im Kontext der militärischen Aggression Russlands in der Ukraine als **Teil einer Wertegemeinschaft mit der EU**. Die Schweiz verurteilt die militärische Aggression Russlands gegen die Ukraine auf das Schärfste und hat die **Sanktionen** der EU gegen Russland und Belarus übernommen. Gleichzeitig leistet die Schweiz aktiv **Humanitäre Hilfe** in der Ukraine – durch direkte Finanzierung in der Ukraine und der Region, durch die Bereitstellung von Hilfsgütern sowie durch die Entsendung von Expert/innen in die betroffenen Gebiete.

Mit der Organisation der **Ukraine Recovery Conference** (URC 2022) am 4./5. Juli 2022 in Lugano, die gemeinsam mit der Ukraine ausgerichtet wurde, stellte die Schweiz ihre Expertise, ihr Engagement und ihre besondere Stellung als neutrales Land in den Dienst der Ukraine und des europäischen Kontinents.

Auch im Hinblick auf die **Geflüchteten aus der Ukraine** zeigt sich die Schweiz solidarisch. So hat die Schweiz für Geflüchtete aus der Ukraine den Schutzstatus S aktiviert. Dieser entspricht weitgehend der Lösung, welche die EU-Mitgliedstaaten beschlossen haben.

Enge und intensive Beziehungen

Die Schweiz gehört zu den **wichtigsten Wirtschaftspartnern** der EU-27¹:

- **Warenhandel:** Die Schweiz war 2021 die **viertwichtigste Partnerin** der EU hinter China, den USA und dem UK mit einem Anteil von ca. 6.5% am gesamten EU-Aussenhandel. Pro Arbeitstag werden zwischen der EU und der Schweiz Waren im Wert von rund 1 Mrd. CHF (fast 1 Mrd. EUR²) gehandelt.³ 2021 erwirtschaftete die EU einen Handelsbilanzüberschuss von ca. 33 Mrd. EUR.
- **Dienstleistungshandel:** Die Schweiz war 2021 die **drittwichtigste Partnerin** der EU hinter den USA und dem UK mit einem Anteil von ca. 9% am EU-Dienstleistungshandel bzw. einem Dienstleistungshandelsvolumen von rund 175 Mrd. EUR.
- **Investitionen:** Die Schweiz war 2020 nach den USA und dem UK die **drittwichtigste Investorin** in der EU-27 mit Direktinvestitionen von über 690 Mrd. EUR (mehr als 9% der gesamten Direktinvestitionen von ausserhalb der EU). Gleichzeitig liegt die Schweiz hinsichtlich Investitionen aus der EU mit 922 Mrd. EUR auf dem dritten Rang.

Die **Arbeitsmärkte** sind eng verflochten: Rund 1.5 Mio. EU/EFTA-Bürger/innen leben bzw. arbeiten in der Schweiz. Das entspricht rund 16.5% der Schweizer Gesamtbevölkerung. 8% der EU-Staatsbürger/innen, die ausserhalb ihres Herkunftslandes im EU/EFTA-Raum erwerbsaktiv sind, leben in der Schweiz. Dazu kommen über 350'000 Grenzgänger/innen aus der EU sowie jährlich über 200'000 meldepflichtige Personen aus dem EU/EFTA-Raum. Umgekehrt leben bzw. arbeiten rund eine halbe Million Schweizer/innen in Staaten der EU/EFTA, was 57% aller Auslandschweizer/innen ausmacht.

Die Schweiz erhöhte mit dem Bau der **Neuen Eisenbahn-Alpentransversalen (NEAT)** die Transportkapazitäten für den reibungslosen, umweltfreundlichen Handel im europäischen Binnenmarkt und setzte dafür 23 Mrd. CHF (über 21 Mrd. EUR) ein. Der Gotthard-Basistunnel, ein wichtiger Bestandteil dieses Alpenkorridors, ist der längste Eisenbahntunnel der Welt. Seit Mitte Dezember 2020 ist die NEAT mit der Inbetriebnahme des Ceneri-Basistunnels vollendet. Für den Ausbau der Lötschberg-Simplon-Achse auf italienischer Seite steuert die Schweiz bis 2028 rund 148 Mio. CHF (über 135 Mio. EUR) bei.

Die Schweiz und die EU verbindet ausserdem eine langjährige und erfolgreiche Zusammenarbeit im Bereich **Forschung und Innovation**, welche die Schweiz weiterführen will. So strebt der Bundesrat eine Vollasozizierung an der aktuellen Generation der EU-Programme im Bereich Forschung und Innovation und damit am gesamten Horizon-Paket (*Horizon Europe*, Euratom, ITER und DEP) wie auch an Erasmus+ an.

¹ Quelle: Eurostat, 27.04.2022.

² Umrechnungen in Klammern basieren jeweils auf dem durchschnittlichen Wechselkurs im 2021.

³ Quelle: basierend auf Swiss-Impex.

Enge Partnerschaft bewährte sich auch in der COVID-19-Krise

Die enge Zusammenarbeit mit der EU und den EU-Mitgliedstaaten sowie der rasche **Einbezug der Schweiz in das EU-Krisendispositiv** haben sich als wichtige Faktoren zur Bewältigung der COVID-19-Krise erwiesen. Dabei hat sich die Bedeutung der bilateralen Vertragsbasis Schweiz-EU für beide Seiten bestätigt, insb. die Schengen-Assoziierung (unter anderem für Versorgungs- und Patientensicherheit).

Zu den **Unterstützungsleistungen** der Schweiz beim Krisenmanagement gehörten Repatriierungsflüge, die Übernahme von Patient/innen, die Lieferung von medizinischer Ausrüstung bspw. an Italien oder die Unterstützung von Griechenland mit humanitärer Hilfe für Migrant/innen und Flüchtlinge.

Fortsetzung der bilateralen Zusammenarbeit

Wie die präsentierten Zahlen und Fakten zeigen, verbindet die Schweiz und die EU eine enge und für beide Seiten vorteilhafte Partnerschaft. Das breite Netz von über 100 bilateralen Abkommen – mehr Abkommen als die EU mit jedem anderen Drittstaat hat – und die Zusammenarbeit funktionieren insgesamt sehr gut. Der Schweizer Bundesrat möchte diesen **bewährten "bilateralen Weg"** mit der EU **weiterführen**.

Im Hinblick auf die Aufrechterhaltung dieser guten und stabilen Beziehungen, die im Interesse beider Parteien liegen, hat der Bundesrat im Februar 2022 eine allgemeine Stossrichtung eines **Verhandlungspakets mit der EU** festgelegt. Die offenen Punkte in den Gesamtbeziehungen mit der EU will die Schweiz auf der Grundlage eines breiten Paketansatzes angehen. Dazu gehören unter anderem die vollständige Anwendung der bilateralen Binnenmarktverträge, inklusive die Möglichkeit einer zeitnahen Aktualisierung dieser Abkommen bei relevanten EU-Rechtsentwicklungen. Ebenfalls soll die Möglichkeit der Assoziierung der Schweiz an EU-Programme, insbesondere in den Bereichen Forschung und Bildung, gewährleistet sein. Teile des Pakets sind darüber hinaus auch der Abschluss neuer Abkommen (z.B. in den Bereichen Strom, Lebensmittelsicherheit und Gesundheit) sowie die Fortsetzung der wertebasierten, solidarischen Partnerschaft zur Förderung von Sicherheit, Frieden und Demokratie in der Welt.

Im Rahmen dieses breiten Paketansatzes sollen auch die bekannten **Anliegen der EU** adressiert werden. Dazu gehören unter anderem institutionelle Elemente, wie die dynamische Rechtsübernahme und die Streitbeilegung, wobei hier Lösungen gefunden werden müssen, welche die essentiellen Interessen der Schweiz wahren. Diese Elemente sollen in den einzelnen Binnenmarktverträgen verankert werden. Ebenfalls soll die Frage einer Regelung der staatlichen Beihilfen im Hinblick auf die betroffenen Abkommen Luftverkehr und Strom angegangen werden. Die Schweiz ist ausserdem bereit, die von der EU geforderte Verstärkung des Schweizer Beitrags im Rahmen dieses Verhandlungspakets zu prüfen.

Parallel wurden die laufenden Arbeiten zu vorhandenen Regelungsunterschieden zwischen dem Recht der Schweiz und jenem der EU weitergeführt. Dies mit dem Ziel, das gute Funktionieren der Binnenmarktverträge zu gewährleisten und mögliche Friktionen zu verringern.

Durch diesen Paketansatz können Anliegen von beiden Seiten verknüpft und in den breiteren Kontext der Beziehungen Schweiz-EU gestellt werden. Damit kann ein **beidseitig vorteilhafter Interessenausgleich** zwischen der Schweiz und der EU erleichtert werden. Auf dieser Basis führen die Schweiz und die EU zurzeit **Sondierungsgespräche**. Ziel ist die Abklärung, ob eine ausreichende gemeinsame Basis für die Aufnahme von Verhandlungen besteht.